Stelle, die einer faschistischen Diktaturregierung eine soziale Basis geben könnten.

Das ist einerseits die Nazipartei, diese Terror- und Streikbrecherorganisation des Kapitals, deren Beziehungen zu Schleicher schon von den diversen Frühstücksbesuchen Hitlers bei diesem bekannt sind. Neben der Hitlerpartei bemüht sich Schleicher zugleich um nicht minder „gute Beziehungen" zum Zentrum (vor allem zu den christlichen Gewerkschaften) sowie zur Sozialdemokratie bzw. zum ADGB. Zu allen diesen Kreisen hat Schleicher bereits direkte Fühlung genommen.

Schon am Montag mittag fanden Besprechungen zwischen Schleicher und führenden Sozialdemokraten statt, welche

die Bereitschaft der Sozialdemokratie zur Unterstützung der Schleicherdiktatur

höchst eindeutig erkennen ließen. Zunächst fand eine Unterredung zwischen Leipart und Schleicher und kurz danach eine zweite Unterredung zwischen Breitscheid und Schleicher statt. Gesprochen wurde über die Unterstützung der SPD bzw. des ADGB für die Schleicherdiktatur. Wie die Breitscheid und Leipart sich dazu stellen, geht eindeutig sogar aus dem Vorwärts von gestern abend hervor. Das Zentralorgan der SPD schreibt:

„Papen bedeutet Krieg. Krieg der Reichsregierung gegen das deutsche Volk. . . Also redet man von einer Regierung des Waffenstillstandes und nennt als ihren Chef Herrn von Schleicher . . Für die Sozialdemokratie steht die Frage des Waffenstillstandes ganz einfach. . . . Die politische und soziale Reaktion hat in ihrem Klassenkampf von oben wichtige Positionen gewonnen. Sie hat das mit Methoden getan, deren rechtliche Unzulässigkeit feststeht. Wäre es den Machthabern von heute Ernst mit ihrer Absicht, einen Waffenstillstand mit der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertretung herbeizuführen, so müßten sie zunächst jene Positionen räumen, und das begangene Unrecht wieder gutmachen. Wollen sie das nicht tun, so ist der Gedanke an eine auch nur vorübergehende Einstellung des Kampfes widersinnig".

Hier erklärt der „Vorwärts" klipp und klar, daß die SPD bereit ist, den „Waffenstillstand" mit dem Faschismus zu schließen, daß sie bereit ist, eine Schleicher-Diktatur zu unterstützen, wenn sie dafür einige Ministerposten oder auch nur höhere Beamtenposten in Preußen erhält. Die SPD wird nicht Ministerposten erhalten, aber nichtsdestoweniger nach wie vor mehr oder weniger oppositionell verhüllt ihre Politik der Kapitulation und der **Wegbereitung des Faschismus fortsetzen.**

Daß die „Waffenstillstandsverhandlungen" Schleichers keinem anderen Zwecke als dem der weiteren Entfaltung der faschistischen Diktatur dienen, geht aus einem bezeichnenden Geständnis der Berliner Börsenzeitung vom Montag hervor, worin zunächst ausdrücklich erklärt wird, daß Schleicher keineswegs an eine parlamentarische Tolerierungsmehrheit denkt, da sich die künftige Regierung ohnedies über das Parlament hinwegsetzen würde. Der von Schleicher und den sich um ihn gruppierenden faschistisch-reaktionären Kräften ins Auge gefaßte Plan eines „politischen Waffenstillstandes" bezwecke vielmehr, „mit den Kräften der nationalen Bewegung zu einer Vereinbarung zu kommen, die dem neuen Präsidialkabinett einen stärkeren Rückhalt sichern werde".

Diese Absicht läßt gleichzeitig die schändliche Rolle der Sozialdemokratie, der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie, als der ausgesprochenen Wegbereiterin noch schlimmerer, noch schärferer und noch rücksichtsloserer faschistischer Diktaturmaßnahmen erkennen.

Die besondere Rolle, die die Sozialdemokratie dabei spielt

soll vornehmlich in verstärkter Streikbruchpolitik und in der Lähmung und Drosselung der roten Einheitsfrontaktion durch demagogische Manöver bestehen. Ein bürgerliches Montagsblatt, der Montag-Morgen, läßt das in einem Artikel ganz unzweideutig erkennen. In diesem Artikel wird nämlich auf eine bemerkenswerte Aeußerung, die Schleicher einmal getan hat, Bezug genommen. Und darüber heißt es:

Schleicher sei bei gewissen Ueberlegungen über die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft davon ausgegangen,

. . . daß bei dem doch verhältnismäßig kleinen Berliner Verkehrsstreik es nicht möglich war, auch nur einem einzigen Fahrgast eine sichere Straßenbahnfahrt durch Berlin zu garantieren; wie wolle man sich da erst gegen einen etwaigen Generalstreik schützen? Dem General war offenbar nicht entgangen, daß bei einem solchen Streik auf eine Hilfe der nationalsozialistischen SA gegen den einst von Goebbels so genannten „roten Mob" nicht mehr zu zählen sein werde. Nun beruhte aber die geradezu legendenhafte innerpolitische Macht der Reichswehr in den letzten Jahren eben in ihrer Stellung als Zünglein an der Waage zwischen den annähernd gleich starken Kräften von rechts und links. Sollte es einmal statt dieser feindlichen Kräfte nur noch eine einzige Kraft der hellen oder auch nur dumpfen Empörung geben — wo stände dann die Reichswehr samt ihrem General?"

Diese von der panischen Furcht vor den revolutionären Massenkämpfen zeugenden „Ueberlegungen" sind für Schleicher und die ganze deutsche Bourgeoisie schließlich auch der unmittelbare Anlaß, die Sozialdemokratie in einen solchen „politischen Waffenstillstand" einzubeziehen, um dadurch mittels der Sozialdemokratie die immer stärkere Entfaltung der Kämpfe der Arbeiter lähmen zu können.

Denn die der künftigen faschistischen Diktaturregierung gestellten Aufgaben werden den Widerstand der Massen immer wieder hervorrufen. Die von den Nordwestindustriellen schon begonnene Lohnabbau-Offensive, die rücksichtslosen Unterdrückungsmaßnahmen der Erwerbslosen, das alles, was als eine verschärfte Fortführung der schon von der Papenregierung ausgeübten Diktatur, gesehen werden muß, wird in stärkstem Maße zu den von der Bourgeoisie so sehr gefürchteten proletarischen Kampfaktionen führen.

Die SPD-Arbeiter müssen gerade im Hinblick darauf erkennen, daß sie sich nicht länger für die SPD mißbrauchen lassen können, die als letzte Hoffnung der Scharfmacher als Streikbruchorganisation in einer Situation der ernstesten Bedrohung der kapitalistischen Herrschaft durch die steigende revolutionäre Welle aufs neue wie 1918 den Bestand des Kapitalismus in Deutschland zu retten versucht.

Die Einheitsfrontaktion unter Führung der Kommunistischen Partei allein schlägt nicht nur die kapitalistische Hungeroffensive und die faschistischen Angriffe auf die letzten Rechte der Arbeiterklasse zurück, sondern trägt den Gegenangriff des Proletariats zur Beseitigung des bankrotten kapitalistischen Systems, für den Sieg des Sozialismus vorwärts.

Massendemonstration in Berlin

gegen die faschistische Diktatur

Berlin, 29. November. (Eig. Drahtbericht.)

Das Berliner Tageblatt meldet: „Gestern abend kam es am Rande der Stadt und in verschiedenen Teilen der Stadt zu Ausschreitungen. Demonstrationszüge der Kommunisten durchzogen die Schönhauser Allee und später die Fehrbelliner Straße. Es kam verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei. Erst nach Einsatz starker Polizeikräfte konnte die Ruhe wieder hergestellt werden."

Streikwelle gegen das Todesurteil wächst

Mit immer größerer Wucht setzt die Protestwelle der deutschen Arbeiterschaft gegen das Schreckensurteil von Chemnitz ein. In Proteststreiks und Resolutionen, in Demonstrationen und Beschlüssen, in Gewerkschafts- und sonstigen Arbeiterorganisationen geben die Arbeiter aller Richtungen ihrer Empörung Ausdruck und verlangen Aufhebung des Todesurteils und Freilassung des Arbeiters Bartl.

Oelsnitz, im Erzgebirge.

Die Bergarbeiter der Gewerkschaft Deutschlands, Betriebsabteilung Vereinsglück, nahmen am 24. November 1932 früh vor der Einfahrt Stellung zu dem Schreckensurteil des Schwurgerichts Chemnitz gegen den Arbeiter Bartl.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, fuhr die Belegschaft als Protest eine Viertelstunde später in die Grube ein.

Die Fürsorgearbeiter der städtischen Gartenverwaltung Chemnitz, Abteilung Küchwaldkrankenhaus, führten ebenfalls einen viertelstündigen Streik gegen das Schreckensurteil durch.

Die Fürsorgearbeiter der Baustelle Stadtpark, Chemnitz, streikten gleichfalls eine Viertelstunde lang.

Die Fürsorgearbeiter der Baustelle Heinersdorf führten einen halbstündigen Proteststreik durch, an dem sich auch Naziarbeiter beteiligten.

Die Belegschaft des Bauhofes Oelsnitz i. V. führte laut Beschluß einer Belegschaftsversammlung, die am Freitag stattfand, am Sonnabend einen viertelstündigen Proteststreik in vollster Geschlossenheit durch.

In Plauen demonstrierten am Sonnabendabend mehrere hundert Arbeiter unter Protestrufen gegen die Klassenjustiz. Die Polizei nahm eine Verhaftung vor.

Die Belegschaft der Thedeschen Papierfabrik Heinsberg nahm eine Protestresolution gegen das Schreckensurteil an, ebenso die Belegschaft der Braunkohlenwerke Döllitz.

Eine von 400 Personen besuchte Veranstaltung des **bundestreuen Arbeiterturnvereins Seifhennersdorf** nahm einstimmig eine Protestentschließung für die Freilassung des Antifaschisten Bartl an. Die Funktionäre der IAH Groß-Dresden beschließen ebenfalls den schärfsten Kampf gegen das Schreckensurteil.

Eine von der Opposition einberufene und von der Sozialfaschisten besuchte Versammlung der Cottaer Verteilungsstelle des Konsumvereins Vorwärts Dresden, protestiert schärfstens gegen das Todesurteil.

Der außerparlamentarische Massenprotest gegen das Chemnitzer Schreckensurteil, gegen Klassenjustiz und faschistische Diktatur, muß noch weiter gesteigert werden.

Wir müssen Bartl vor dem Henker retten!

Neue Schreckensurteile gegen Antifaschisten

Kein Tag vergeht in Deutschland, ohne daß nicht die Schreckenskunde von einem neuen Urteil gegen antifaschistische Arbeiter bekannt würde.

In Dortmund wurden 8 Arbeiter bis zu 5 Jahren Zuchthaus (insgesamt 22 Jahren) verurteilt.

In Trier wurde ein neues Schreckensurteil vom Landgericht am 24. November gegen 6 Arbeiter gefällt und zwar 12 Jahre 6 Monate Zuchthaus insgesamt.

Das Essener Sondergericht verurteilte 6 Arbeiter zu insgesamt 13 Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

Hugenbergs TU meldet, daß die Zuchthäuser und Gefängnisse des Rheinlandes so überfüllt seien, daß kein Platz mehr für die täglich eingelieferten antifaschistischen Arbeiter ist. Allein im Zuchthaus Wittlich stieg die Zahl der Gefangenen in den letzten Wochen von 170 auf 700.

Millionenfach muß der Ruf aller werktätigen Schichten im Betrieb, auf den Stempelstellen, in den Gewerkschaften, in Stadt und Land gesteigert werden:

Heraus mit unseren proletarisch-politischen Gefangenen!

Sozialfaschistischer Amnestieschwindel!

SPD-Führer erneut als Henkersknechte am Arbeiter Bartl entlarvt

Die SPD, die im Sächsischen Landtag erst kürzlich durch den damals noch das Landtagspräsidium zierenden Weckel die Beratung eines kommunistischen Antrages für die Aufhebung des Todesurteils an dem Arbeiter Bartl verhindert hat, kann heute durch Auszüge aus einem von ihr verfaßten Dokument des schmutzigen Spiels mit proletarischen politischen Gefangenen, des offensichtlichsten Amnestieverrates überführt werden. In einem von der SPD verschickten Rundschreiben heißt es nämlich:

„Die SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages erwägt, ob sie zu Beginn der Landtagsverhandlungen im November 1932 wie im Juli dieses Jahres die Schaffung eines Amnestiegesetzes betreiben soll. Damals wandte sich der Justizminister gegen ein solches Gesetz, sicherte aber zu, im Einzelfalle die Gnadenpraxis großzügig handhaben zu wollen, namentlich in Fällen von Notdelikten. Infolge dieser Zusicherung wandten sich alle bürgerlichen Abgeordneten gegen ein Amnestiegesetz, so daß ein solches im Juli dieses Jahres nicht durchzubringen war.

Um nun einen Ueberblick zu gewinnen, welche Verurteilungen von SPD-Genossen oder Angehörigen der Eisernen Front überhaupt vorliegen, (abgeschlossene Fälle) oder zu gewärtigen sind (noch anhängige Verfahren) werden alle Bezirksleiter gebeten, recht bald, und zwar spätestens bis zum 13. November 1932 nach dem anliegenden Schema Meldung zu machen, welche Fälle von Verurteilungen in letzter Zeit in ihrem Bezirksbereiche bei Parteimitgliedern und Mitgliedern der Eisernen Front vorgekommen sind resp. vor der Verhandlung stehen. Kämen nur wenige Fälle in Frage, so würde der Versuch, im Einzelfalle eine Begnadigung herbeizuführen, der Schaffung eines Amnestiegesetzes, dessen Durchsetzung ja überdies bei der Haltung der bürgerlichen Fraktionen zweifelhaft ist, vorzuziehen sein."

Das zeigt, daß damals die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung Abmachungen getroffen haben und daß sie nur nach außen hin zum demagogischen Arbeiterbetrug ihre „Entrüstung" markierten.

Dasselbe tun sie jetzt im Hinblick auf das Urteil an dem Arbeiter Bartl. Daß sie aber

in Wirklichkeit in der Front der Henkersknechte

stehen, bewiesen sie auch gestern im Dresdner Stadtparlament, wo die in einem kommunistischen Antrag erhobene Forderung nach Bartls sofortiger Freilassung abgelehnt wurde und wo durch die Schuld ihres Fraktionsmitgliedes Kirchhof, der den Sitzungssaal in dem Moment verließ, als der Stadtverordneten-Vorsteher sich anschickte, über den Antrag abstimmen zu lassen, dieser kommunistische Antrag zu Fall brachte.

Macht Schluß, SPD-Arbeiter, mit diesen Amnestiebetrügern und Henkersknechten am Proletariat.

Erfolgreiche Kämpfe gegen Hunger und Frost

Nie gab es gleichzeitig in der Welt solche Vernichtungskampagnen der sogenannten Ueberflüssigen und so viele Millionen hungernder und verhungernder Menschen.

Die Erwerbslosen müssen nicht nur die beabsichtigte Verschlechterung ihrer Lebenslage durch einheitlichen Kampf erfolgreich verhindern, sondern auch Verbesserungen erreichen. Dafür einige Beispiele:

In Liebau (Schlesien) hatten die Erwerbslosen in einer Erwerbslosenversammlung geschlossen einen Kampfantrag angenommen, in dem sie verlangten:

1. Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung auf den gehobenen Richtsatz um 25 Prozent;
2. Lieferung von verbilligtem Brot, Fleisch und Kartoffeln;
3. Lieferung von verbilligten Kohlen über den Rahmen der Reichskohlenkarte hinaus;
4. Ermäßigung der Strom- und Gaspreise sowie der Zählermiete;
5. Auszahlung der doppelten Unterstützung zu Weihnachten.

Sie erreichten durch ihren gemeinsamen Kampf bis jetzt, daß das 3½-Pfund-Brot für alle Unterstützungsempfänger, Klein- und Altersrentner zu 20 Pfennig abgegeben wird. Des weiteren erhalten sie die Kohlen zum Selbstkostenpreis in der städtischen Gasanstalt. Ein Fleischermeister erklärte sich mit den Kämpfenden solidarisch und lieferte ihnen seine Ware 10—14 Prozent unter dem Preis der Innung.

Die Mittel zur doppelten Auszahlung der Weihnachtsunterstützung sollen schon bereitgestellt sein, aber die Erwerbslosen wissen, daß nur ihr einheitlicher Kampf unter der Führung der KPD und RGO die Auszahlung sicherstellen wird. Deshalb wird weitergekämpft.

In der kämpfenden Einheitsfront sind die Arbeiter überall eine entscheidende Macht und werden als solche die Erfolge im Kampf um ihre Forderungen erringen.

Roter Sender funkt dazwischen

Unter der Ueberschrift „Der kommunistische Sender arbeitet wieder", meldet die heutige Nummer des Dresdner Anzeigers aus Berlin:

„Berlin, 28. November

In den heutigen Mittagsstunden wurde der kommunistische Schwarzsender, der seit einiger Zeit Propaganda treibt, in verschiedenen Berliner Stadtteilen von zahlreichen Rundfunkhörern erneut gehört. Der Sender hetzte gegen die Regierung und auch gegen die Nationalsozialisten und schloß mit der Internationale. Bereits vor einigen Wochen hatte die Polizei in Berlin-Weißensee einmal verdächtige Umstände beobachtet, konnte aber damals den Standort des Senders nicht ermitteln. Den Beamten des Reichspostzentralamtes soll es heute gelungen sein, gewisse Rückschlüsse über den Standort des Senders zu ziehen, über die aber im Interesse der weiteren Ermittlungen zunächst nichts Näheres gesagt wird."

Katholische Konkordats-„Sozialisten"

Landesvorstand und Landtagsfraktion der badischen Zentrumspartei haben jetzt folgenden Beschluß gefaßt:

„Der erweiterte Landesvorstand und die Landtagsfraktion der Zentrumspartei kamen nach eingehender Beratung einstimmig zu dem Beschluß, daß eine Entscheidung des sozialdemokratischen Parteitages, auf Grund deren die sozialdemokratische Fraktion gegenüber dem Konkordat von der Stimmenthaltung zur Ablehnung übergehen würde, als schwerster Verstoß gegen Treu und Glauben und die politische Moral, als Zertrümmerung der Koalitionsgrundlagen und damit als Auflösung der derzeitig bestehenden Regierungskoalition zu betrachten sei."

Der „Vorwärts" deutet in seiner Ausgabe vom 26. November schon an, daß dieser Zentrumsbeschluß dazu dienen soll, auf dem badischen Parteitag der SPD einen Beschluß für das Konkordat durchzudrücken. Hier wird ein raffiniertes abgekartetes Spiel zwischen den Führern des Zentrums und den Führern der SPD getrieben, um die rebellierenden SPD-Arbeiter zu täuschen! Im Haushaltausschuß des Badischen Landtages haben sich die Sozialdemokraten bei der Abstimmung über das Konkordat der Stimme enthalten und dadurch dem Konkordat zur Annahme verholfen.

Die SPD-Führer machten unter dem Druck ihrer Arbeiteranhänger, welche gegen diese skandalöse Haltung der SPD-Fraktion Sturm liefen, einen außerordentlichen Parteitag einberufen, der gestern in Offenburg stattfand. Dort wurde mit Mehrheit beschlossen, daß das Konkordat abzulehnen sei. Infolge des ganzen Charakters der SPD als Wahlverein, haben die Parlamentsfraktionen die politische Führung und es ist bereits bekannt geworden, daß die badische SPD-Landtagsfraktion trotz des Parteitagsbeschlusses die Annahme des Konkordats, das der katholischen Reaktionärreaktion einen noch mehr verstärkten Einfluß auf die Schule gibt, ermöglichen wird.

Die SPD-Arbeiter ersehen auch aus diesem Beispiel die Rolle der Führer der SPD, die sich unter den mißerlichsten Manövern, zur Täuschung ihrer Arbeiteranhänger, als Mittel der finstersten Reaktion hergeben. Der Kampf gegen die finstere und politische Reaktion ist nur möglich in den Reihen der kämpfenden Einheitsfront unter Führung der KPD. In diese müssen sich die SPD-Arbeiter eingliedern.